

2. Digitalministerkonferenz (DMK)

18.10.2024 in Berlin

TOP 4

Beschluss

Berlin

Umsetzung der Deutschen Verwaltungscloud-Strategie befördern

Bund und Länder haben sich gemeinsam zum Ziel gesetzt, die digitale Souveränität der öffentlichen Verwaltung zu stärken und somit die Digitalisierung im Schulterschluss der Akteure Verwaltung, Gesellschaft und Wirtschaft resilient auszugestalten. Der Bundeskanzler und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder haben zur Stärkung der Souveränität in der Cloud am 06.11.2023 folgenden Beschluss gefasst:

- Der Bundeskanzler und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vereinbaren, dass neu beauftragte IT-Lösungen für Verwaltungsaufgaben möglichst cloudfähig hergestellt werden und von allen föderalen Ebenen genutzt werden können. Die Vorgaben der Deutschen Verwaltungscloud werden dabei umgesetzt. Bund und Länder streben an, solche Lösungen anderen Stellen der öffentlichen Verwaltung standardmäßig zur Mitnutzung zur Verfügung zu stellen.
- Um das Potential der Digitalisierung für Deutschland zur vollen Entfaltung zu bringen, sollten IT-Lösungen der öffentlichen Verwaltung entsprechend der Deutschen Verwaltungscloud-Strategie (DVS) cloudfähig hergestellt werden, damit sie einfach auf allen föderalen Ebenen nutzbar sind.

Daran anknüpfend fasst die Digitalministerkonferenz folgenden Beschluss:

1. Die Digitalministerkonferenz begrüßt den Beschluss des Bundeskanzlers und der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder als Meilenstein auf dem

Weg zu einer digitalen Gesellschaft. Sie begreift digitale Souveränität als Schlüssel, um die Resilienz einer digitalen Gesellschaft sicherzustellen.

2. Vor diesem Hintergrund unterstützt die Digitalministerkonferenz die Deutsche Verwaltungscloud-Strategie (DVS) des IT-Planungsrats ausdrücklich und bekräftigt die Wichtigkeit der föderalen Zusammenarbeit zur gemeinsamen Umsetzung derselben, um damit einen wesentlichen Beitrag zur Gestaltung der digitalen Transformation der öffentlichen Verwaltung und der Gesellschaft zu leisten.
3. Zur Verwirklichung dieser föderalen Zusammenarbeit bittet die Digitalministerkonferenz den Bund, die Vernetzungsmöglichkeiten des ITZ Bund mit dem Ziel der Erleichterung der Erreichbarkeit und Verfügbarmachung von Diensten, bspw. durch einen Beitritt in die GovDigital eG., zu prüfen. Dies könnte das gemeinsame Verständnis des Bundeskanzlers und der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder aus dem MPK-Beschluss zur Stärkung der Souveränität in der Cloud vom 06.11.2023, wonach Cloud-Lösungen von allen föderalen Ebenen genutzt werden sollen, befördern.

Begründung:

Digitale Souveränität ist ein Thema mit hoher Bedeutung für die digitale Transformation der Gesellschaft. Sie schafft durch Nutzung und Gestaltung der mit IT verbundenen Möglichkeiten den Rahmen, um Rollen sicher, selbstständig und selbstbestimmt auszuüben. Letztlich trägt digitale Souveränität dazu bei, dass die Funktionsfähigkeit von Institutionen einer Gesellschaft gestärkt und strategische Abhängigkeiten reduziert werden. Ein wichtiger Akteur ist die deutsche Verwaltung, deren Bestrebungen wegen ihrer Bedeutung für die digitale Souveränität in der Gesellschaft besonders begrüßenswert sind.

Die im Herbst 2020 vom IT-Planungsrat beschlossene Deutsche Verwaltungscloud-Strategie (DVS) ist Teil der beschlossenen Strategie zur Stärkung der digitalen Souveränität der IT der öffentlichen Verwaltung. Das Ziel ist die Schaffung von gemeinsamen Standards und offenen Schnittstellen für Cloud-Lösungen der öffentlichen Verwaltung, um übergreifend eine interoperable sowie modulare föderale Cloud-Infrastruktur zu etablieren.

Die Nutzbarmachung der Cloud-Services für alle föderalen Ebenen erfolgt über das Cloud-Service-Portal (www.deutsche-verwaltungscloud.de), welches durch die FITKO/GovDigital eG. im Auftrag von Bund und Ländern verantwortet wird. Durch einen Beitritt des ITZ Bund in die GovDigital eG. könnten neu beauftragte IT-Lösungen für Verwaltungsaufgaben von allen föderalen Ebenen erleichtert genutzt werden und dadurch ein wichtiger Beitrag zur Umsetzung des MPK-Beschlusses geleistet werden.